Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10 Gr. von auswärts 12 Gr., Reklamezeile 40 Groschen. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Postsparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 138 — Freitag, den 18. November 1927 — 76. Jahrgang

Sturmszenen im englischen Unterhaus

Macdonalds Mißtrauensantrag gegen die Regierung — Um die Regelung der Kohlenkrise Drohung mit neuem Bergarbeiterstreik — Baldwins Flucht aus dem Parlament

London. Die Bergbaudebatte im Unterhaus wurde Mittwoch durch den Mißtrauensantrag Ramsay Macdonalds eingeleitet, der sofortige Maßnahmen für die Sicherung einer wirksamen Produktions- und Verkaufsorganisation des Bergbaues sowie Hilfsmaßnahmen für die Zahl der unbeschäftigten oder verkürzt arbeitenden Bergarbeiter verlangte. Bei der Begründung des Antrages durch Macdonald kam es zu lebhaften Szenen, die den Sprecher veranlaßten, die Sitzung auf eine Stunde zu unterbrechen. Macdonald erklärte weiter, das große Problem für den Kohlenbergbau sei die Umbildung von Kohlen in Kraft und in dieser Hinsicht sei Großbritannien wesentlich hinter den kontinentalen Ländern zurück. Die Frage, wie Kohle in Oel und andere wertvolle Beiprodukte verwandelt werden könne, sei wesentlich für die Fortdauer der nationalen Prosperität. Es handele sich hier nicht um die Frage der Profite für die an der Kohlenindustrie unmittelbar beteiligten Personen, sondern um eine Frage des allgemeinen Wohls. Die Regierungspolitik in der Arbeitslosenfrage, die den größten Teil des Volkes einfach dem Armenrecht überweise, habe vernichtende Folgen. Die Regierung halte optimistische Reden, lasse aber eine Lösungsmöglichkeit nach der anderen vorübergehen. Macdonalds Rede folgte ein sehr starker Beifall, während der Handelsminister Cunliffe Lister mit einem Sturm von Zwischenrufen empfangen wurde.

Im Anschluß an Macdonalds Rede kam es zu einem Zwischenfall, als an Stelle Baldwins der Handelsminister Lister antworten wollte. So oft der Minister sich anschickte, seine Rede zu halten, wurde er von der Opposition durch Lärm unterbrochen, bis Baldwin das Haus verließ und die Sitzung unterbrochen wurde.

Die Arbeiterpartei für eine englisch-amerikanische Flottenbeschränkung

Chamerbain zur Schiedsgerichtsklausel.

London. Eine Interpellation des Arbeiterparteilers Lord Parmoor gab Mittwoch im Oberhause die Veranlassung zu einer außenpolitischen Debatte Lord Parmoor hatte die Regierung gefragt, ob sie bereit sei, die Schiedsgerichtsklausel des Internationalen Schiedsgerichtshofes anzunehmen und durchweg eine Friedenspolitik im Sinne der Schiedsgerichtsbarkeit und der allgemeinen Abrüstung zu treiben. Lord Cecil kam noch einmal auf die Gründe zu sprechen, die ihn zu seinem Austritt aus dem Kabinett zwangen. Er schloß sich Lord Parmoors Standpunkt an, indem er erklärte, daß eine Einigung Englands und Amerikas in der Seeabrüstungsfrage für den Weltfrieden von entscheidender Bedeutung sei. Lord Balfour entgegnete namens der Regierung, daß England im Interesse seiner Sicherheit auf die Erhaltung der kleineren Schiffseinheiten bedacht sein müsse. Die Interpellation Lord Parmoors erwiderte Lord Cecils Nachfolger im Völkerbund, Mac Neills, dahingehend, daß besonders die Dominien gegen die Annahme der Schiedsgerichtsklausel seien, da sie die Heere und Unabhängigkeit des Empire gefährde. Mit Mord Parmoor stimme er aber darin überein, daß Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung als Mittel der Friedenssicherung unzertrennbar seien.

London. Im Unterhaus wurde an den Außenminister die Frage gerichtet, ob die britische Regierung nunmehr bereit sei, die obligatorische Schiedsgerichtsklausel des Internationalen Gerichtshofes im Haag anzunehmen. Chamberlain erwiderte, daß die entsprechende Entschließung der Völkerbundsversammlung gegenwärtig von der Regierung erwogen werde. Er sei im Augenblick nicht in der Lage, den bereits früher in dieser Frage abgegebenen Erklärungen etwas hinzuzufügen.

Das sechste Jahr faschistischer Zeitrechnung

Rom, im November 1927.

„Ist denn das Ganze wirklich ernst zu nehmen?" wird man oft von Ausländern gefragt, die ein Stück des faschistischen Films vor ihren Augen haben abrollen sehen und zuviel Aufmachung darin finden. Sie haben das Bewußtsein eines starken Einschlags von Unechtheit und machen sich anderseits klar, daß ein Bluff doch nicht gut fünf Jahre dauern kann. Da ihnen bei allem guten Willen nicht allzuviel daran liegen kann, den Dingen auf den Grund zu gehen, beruhigen sie sich dann bei der Eigenart des italienischen Nationalcharakters, finden den Effekt sehr malerisch und trösten sich damit, daß in ihrem Lande so etwas nicht möglich wäre. Hie und da gibt es auch solche, denen diese Gewißheit nicht zum Trost, sondern zum Kummer gereicht.

Der Faschismus wieder konstatiert, daß sich das Ausland ausgiebig mit ihm beschäftigt, daß der Name Mussolinis in allen Kontinenten widerhallt, und meint: wie könnte dem so sein, wenn wir nicht eine weltgeschichliche Bewegung wären?

Nun ist aber der Faschismus weder als Ganzes ernst zu nehmen, noch ist er als Ganzes Bluff. Er ist gerade als das ernst zu nehmen, als das er in jedem Lande im Ansatz besteht, und ist Bluff in einem guten Teil seiner Erscheinungsformen. Das erklärt und rechtfertigt das große Interesse des Auslandes. Da heute in allen Ländern eine antidemokratische, der freien Forschung feindliche Bewegung besteht, die ein Zurück zum Absolutismus in der Politik, in der Wissenschaft und in der Moral anstrebt, so ist es von großem Interesse, sie da genau zu verfolgen, wo sie zum erstenmal die Regierungsmacht erlangen konnte. Anstatt den ganzen Faschismus als ein Produkt des italienischen Nationalcharakters zu erklären, täte man wohl besser, das spezifisch Italienische in den günstigen Möglichkeiten zu sehen, die eine internationale Zeitströmung sich zuerst in Italien verwirklichen ließen. Dieser Verwirklichung günstig waren vor allem die große Unfähigkeit der herrschenden Kreise, der Tiefstand der Bildung der breiten Volksschichten, eine allen Schichten eigene politische Skepsis, die die Wirklichkeit nie allzu tragisch nehmen läßt, und die lange Gewöhnung an Fremdherrschaft. Fügt man die Kriegsenttäuschung, die Nachkriegszerrüttung der Nerven und der Wirtschaft hinzu, so hat man etwas wie eine Vorstellung von dem Boden, in den die faschistische Aussaat fiel, wobei man immer noch bedenken muß, daß die Erklärung ja nicht nur in dem Charakter der den Faschismus erduldenden Schichten zu suchen ist, sondern auch in dem seiner Träger. Wer kann entscheiden, ob die Verschiedenheit mehr in dem Nachgeben der Unterdrückten als in der Brutalität des Angriffs liegt? Man pflegt zu sagen: kein andres Volk in Europa hätte sich so etwas bieten lassen. Vielleicht kommt man der Wahrheit näher, wenn man sagt: in kaum einem andern Volk hätte die Reaktion derartige Formen der Roheit als Massenerscheinung gezeitigt.

Ernst zu nehmen ist der Faschismus in all den Mitteln seiner Machtbehauptung, die sich ganz offen als Anklammerung an die Herrschaft kennzeichnen; Bluff ist er in seiner Kulturmission, seinen Weltherrschaftsansprüchen und seiner Volksbeglückung. Das eine wie das andre soll seiner Diktatur dienen und dient ihr tatsächlich, aber mit dem Unterschied, daß der Bluff sich von selbst abbaut, während die tatsächlichen Machtmittel von einer ihnen bewußt entgegentretenden Macht aufgehoben werden müssen.

Diese tatsächlichen Machtmittel sind die Miliz und die Knebelgesetze. Die Regierung kann heute, in voller Gesetzlichkeit, Karabinieri nud Militär in den Kasernen halten und die Miliz auf die Bürger loslassen. Sie kann in voller Gesetzlichkeit jeden Menschen vor das Spezialgericht stellen, ihnen durch einen einzigen Zeugen, der gleichzeitig der Angeber sein kann, wegen Verschwörung gegen den Staat, Mussolini-Beleidigung, Wiederherstellung einer aufgelösten Partei auf Jahre ins Zuchthaus bringen. Das neue Strafgesetzbuch, das im Februar 1928 Gesetz werden und am 1. Januar 1929 in Kraft treten soll, ohne in irgendeiner Weise Gegenstand der öffentlichen Prüfung oder Diskussion gewesen zu sein, gibt der Regierung weiter die Möglichkeit, irgendeinen armen Teufel wegen eines Verbrechens, auf das Todesstrafe gesetzt ist, anzuklagen, ihm eine Liste Mitschuldiger vorzulegen, die er nur in sein „Geständnis" einzubeziehen braucht, um der Todesstrafe zu entgehen. Die heute geltenden Knebelgesetze haben es möglich gemacht, zehn Eisenbahner aus Lugo in der Romagna zu Zuchthausstrafen von einem Jahr bis zu fünfeinhalb Jahren zu verurteilen, weil sie einem an Tuberkulose gestorbenen Sozialisten das letzte Geleit gegeben haben, dabei rote Nelken im Knopfloch trugen und dem Toten diese Blumen in den Sarg legten. Hierin wurde Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates gesehen, die mit insgesamt achtundzwanzig Jah-

Ein Fortschritt in den polnisch-deutschen Verhandlungen

Prondzinski über den Landarbeitervertrag — Rauscher nach Berlin abgereist — Polens Delegierter in Berlin

Warschau. Der Leiter der bisherigen polnischen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen, Prondzynski, äußerte sich heute zu dem jetzt paraffierten deutsch-polnischen Vertrag über polnische landwirtschaftliche Arbeiter. Dabei unterstrich er, daß Polen das größte Entgegenkommen seitens Deutschland erreicht habe. Ein Vertrag, der auf so breiter Basis beruhe, entspreche nicht einmal einem Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich. Die Paraficerung dieser Konvention, die für die deutsche Landarbeiterschaft von so großer Bedeutung sei, sei ein Beweis dafür, daß zwischen Polen und Deutschland die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens gegeben sei, und sich auch unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen in bestimmte Rechtsformen fassen lasse.

Gesandter Rauscher nach Berlin berufen

Berlin. Wie die Morgenblätter aus Warschau melden, ist der deutsche Gesandte Rauscher nach Berlin abgereist, um der Reichsregierung über seine im Zusammenhang mit der Eröffnung der neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen geführten Warschauer Besprechungen zu berichten.

Ankunft Dr. Jackowskis

Berlin. Der Sondergesandte der polnischen Regierung. Dr. Jackowski, der die Vorbesprechungen zur Weiterführung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen mit der deutschen Regierung führen soll, ist heute nachmittag in Berlin eingetroffen. Am Donnerstag vormittag soll er seine erste Unterredung mit Dr. Stresemann haben. Auch der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, wird hier erwartet.

Dem Vernehmen nach wird Polen in der Frage der Schweineeinfuhr ein Zugeständnis machen, dafür aber in der Kohlenfrage ein größeres Kontingent verlangen.

Nach Erledigung der Besprechungen Dr. Jackowskis in Berlin werden die Verhandlungen wahrscheinlich in Warschau weitergeführt werden. Von amtlicher polnischer Seite verlautet dazu, daß mit der Führung der polnischen Abordnung eine Persönlichkeit betraut werden wird, deren Ernennung von deutscher Seite mit Befriedigung aufgenommen werden dürfte.

Abgeordneter Grünbaum überfallen

Warschau. Mittwoch nachmittag wurde der Führer der jüdischen Sejmfraktion, Abg. Grünbaum, der als Vertreter der Juden an den Beratungen über die Bildung eines Minderheitenblocks teilnehmen sollte, vor seinem Hause auf der Straße von unbekannten Tätern überfallen und blutiggeprügelt. Als der Abgeordnete von einem Gang zurückkehrte, traf er vor seinem Hause drei mit Stöcken bewaffnete Leute, die ihn fragten, ob er der Abgeordnete Grünbaum sei. Auf die bejahende Antwort erhielt er im gleichen Augenblick von einem der Burschen mit einem Knüppel einen Schlag ins Gesicht. Darauf stürzten sich aller drei auf ihn und verprügelten ihn derart, daß er blutüberströmt zusammenbrach. Ueber die Gründe zu dem Vorfall ist nichts bekannt. Der Abg. Grünbaum ist Führer der jüdischen Gruppe, die in Opposition zu der Regierung steht.

Kommunistenprozeß in Polen

Warschau. Vor dem Kriegsgericht in Petrikau begann Dienstag ein Prozeß gegen 17 Kommunisten aus Radomsk mit dem Gymnasiallehrer Massalski und Solecki von der Wyzwolenie-Partei an der Spitze. Zur Verhandlung sind 87 Zeugen geladen. Gleichzeitig begann in Lublin ein Prozeß gegen 6 Mitglieder des Lubliner Kreiskomitees der kommunistischen Partei. Zwei Angeklagte sind Mitglieder des kommunistischen Zentralkomitees in Warschau.

Ein neuer Zusammenstoß in Nicaragua

London. Bei einem erneuten Zusammenstoß zwischen nicaraguanischen Rebellen und amerikanischen Marinesoldaten in La Cruz sind, wie aus Managua gemeldet wird, 6 Rebellen getötet und 9 verletzt worden.

ren Zuchthaus und für acht der Angeklagten mit lebenslänglichem Ehrverlust geahndet wurde. Ein Regime, das solche Mittel anwenden kann, das den General Capello unschuldig zu dreißig Jahren Zuchthaus verurteilen konnte, das die Schandtaten seiner Miliz im Anschluß an die verschiedenen Attentate unbestraft lassen kann, zeigt dadurch, daß es über ernst zu nehmende Machtmittel verfügt.

Daß es diese Machtmittel braucht und so braucht, ist aber der beste Beweis dafür, daß seine ganze soziale und kulturelle Tätigkeit Bluff ist. Eine Regierung, die sich stark weiß durch die Zufriedenheit der breiten Masse, braucht ihren Staat nicht durch rote Nelken in einer Totenhand bedroht zu fühlen. Aber die ganze „korporative Organisation“ des Staates ist ein Kartenhaus. Sie vermag nicht, wie sie vorgibt, die Bedürfnisse der verschiedenen Schichten des Landes nach dem Zentrum zu leiten, wo sie eine höhere Vernunft zum Besten des Ganzen koordinieren soll. Die faschistischen Syndikate sind so wenig eine Organisation, wie eine Schafherde eine Organisation ist. Der Unternehmer besorgt die Eintragung in das Syndikat und führt die Beiträge an dieses ab; die Arbeiter haben weder bei der Wahl ihres Führers noch bei der Verwendung der Gelder irgend etwas mitzureden. Sie haben nur zu ratifizieren, was der Führer beschließt, und dieser beschließt nach den Befehlen der ihm übergeordneten Parteifunktionäre. Ein Riesenbluff sind auch die staatssozialistischen Versuche des Faschismus. Natürlich nicht deshalb, weil eine Rationalisierung der Wirtschaft an sich unmöglich wäre, sondern einmal, weil in Italien alle Voraussetzungen für sie fehlen, vor allem, weil der faschistische Versuch die Geltendmachung der verschiedenen Interessen — ob er will oder nicht — nach der finanziellen Macht der Interessenten abstuft. Die am elendesten bezahlten Kategorien, so die Textilarbeiter und die Arbeiter der Staatsbetriebe, haben die größten Lohnverkürzungen erleiden müssen, fünfundzwanzig Prozent die ersten, ebensoviel als Durchschnitt die Staatsarbeiter, die aber in einigen Gruppen bis vierzig Prozent an Lohn eingebüßt haben. Dabei fangen die Detailpreise seit Beginn des Oktober langsam an zu steigen, der Winter ist vor der Tür, die Arbeitslosigkeit, über die die offizielle Statistik schüchtern schweigt, ist groß, so groß, daß volle Beschäftigung für sechs Tage der Woche überall eine Ausnahme bildet.

Um in diesen Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit eine wahre Bevölkerungskongestion herbeizuführen, hat man die Eisenbahnerermäßigung für Auswanderer abgeschafft und für Heimkehrende auf fünfundsiebzig Prozent erhöht. Das Pech ist nur, daß die Heimkehrenden, der italienischen Luft entwöhnt, gar oft schon auf dem Dampfer von einem Lockspitzel zur Strecke gebracht werden, so daß sie im Heimatshafen nur die Handschellen empfangen! Ein Podesta der Provinz Avellino hat einen Preis von 5000 Lire ausgesetzt für den, der nach fünf Jahren die zahlreichste Nachkommenschaft aufzuweisen hat, gleichsam eine Prämie für die Züchtung Minderwertiger, denn die Kinder, die in kurzen Zeitabständen geboren werden, sind erfahrungsgemäß minderwertig. Aber sie brauchen ja nicht zu leben; wenn sie nur in der Bevölkerungsstatistik auftreten! Denn das ist ja nur Mittel zum Zweck: zur Kriegsdrohung. Nicht mit Unrecht sprach vor einiger Zeit ein französisches Kolonialblatt von absichtlichem Schließen der Ventile bei Ueberheizung des Kessels. Und auch die Kriegsdrohnug und der Krieg sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Festigung der Diktatur, vorgesehen für den Fall des Unbändigwerdens der Prätorianer und des Zusammenbruchs der Volksbeglückung. So ist der Faschismus als Bluff genau ebenso gefährlich wie in den Dingen, wo er ernst zu nehmen ist. Gefährlich ist er fast in demselben Maße, als er Angst hat, und diese Angst wächst mit dem Bewußtsein, daß man wohl Herrscher, aber nicht Völker durch Potemkinsche Dörfer zufriedenstellen kann.

Zur Besetzung Hankaus

Schanghai. Die Nankingtruppen, welche bereits am Sonntag zur Verstärkung der Vorhut eingetroffen waren, besetzten heute kampflos den ganzen Stadtkomplex. Man glaubt, daß damit der wichtigste Schritt zur Wiedervereinigung Südchinas getan ist. General Tangchenchi scheint die letzten Oppositionstruppen nach der Honanprovinz zurückgezogen zu haben, wo sie sich vielleicht einstweilen behaupten können. Angesichts der kommunistischen Drohungen hat die Nankingregierung die schärfsten Gegenmaßnahmen getroffen. Ein kommunistischer Versuch, die Schanghai-Nanking-Bahn zu zerstören, konnte vereitelt werden. Ein Putschversuch in Südschau, nahe Schanghais, mißglückte. Die Lage bleibt jedoch unsicher.

Deutschlands Recht auf Kolonien

Ein japanisches Urteil.

Berlin. Seitdem durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund die Frage des Besitztitels der ehemaligen deutschen Kolonien wieder in den Ententestaaten lebhafter erörtert wird, mehren sich die Stimmen, die anerkennen, daß Deutschland sowohl durch die gerechte Verwaltung seiner Kolonien den moralischen Anspruch auf Rückgewinnung von Kolonialbesitz erworben habe, wie auch durch seine Einfügung in das Völkerbundssystem politisch berechtigt sei, die Uebertragung eines Kolonialmandates zu verlangen. Eine wichtige Stimme in dem Chor jener Politiker, die Deutschlands Recht auf Kolonien offen anerkennen, ist die des langjährigen japanischen Botschafters in Paris und Hauptvertreters Japans im Völkerbund, Vicomte Ishii, der jetzt bei seiner Rückkehr in die Heimat in der angesehenen, dem japanischen Außenministerium sehr nahe stehenden „Japan Times“ laut „Voss. Ztg.“ wie folgt geäußert hat:

„Deutschland wünsche seine früheren Kolonien zurückzubekommen und macht kein Hehl daraus. Ich selbst glaube auch, daß der Völkerbund trotz der zur Zeit noch beträchtlichen Opposition gegen die Rückgabe der Mandatsgebiete den dahin gehenden deutschen Forderungen mindestens teilweise recht bald wird stattzugeben haben, umsomehr, als manche Berichte zeigen, daß diese Gebiete von den Deutschen vor dem Kriege besser verwaltet wurden als heute unter Mandat des Völkerbundes. Mit solchen Tatsachen als Grundlage für seine Ansprüche hat Deutschland volles Recht dazu, zumal seit es nicht bloß Mitglied des Völkerbundes, sondern auch des Völkerbundsrates geworden ist.“

Litauisches „Grenzgefecht“

Warschau. Wie aus Wilna berichtet wird, versuchten Mittwoch 15 Teilnehmer des litauischen Aufstandes in Tauroggen, die sich bisher in den Wäldern versteckt gehalten hatten, am Danajew-See bei Wizjan auf polnisches Gebiet zu gelangen. Die Flüchtlinge, die sämtlich bewaffnet waren, ließen kurz vor der Grenze auf eine litauische Grenzwache, das Feuergefecht eröffnen, in dem der Führer der litauischen Grenzwache schwer verwundet wurde. Die litauischen Flüchtlinge mußten sich zurückziehen.

Protestnote Sowjetrußlands an Estland

Reval. Hier ist eine Protestnote der Sowjetregierung eingelaufen, die sich gegen die offizielle vom estländischen Innenminister verbreitete Darstellung des Sejmattentat auf den russischen Gesandten wendet. Tschitscherin hat diese Note der estländischen Gesandtschaft in Moskau überreicht. Die Sowjetregierung bestreitet das Attentat und sieht in der ganzen Angelegenheit die Hand russischer Monarchistenorganisationen.

Der chemische Trust vor der Verwirklichung

Paris. In hiesigen amerikanischen Kreisen wird erklärt, daß die bereits seit langem angestrebte Entente zwischen den europäischen chemischen Industrien unmittelbar vor dem Abschluß stehe. Der Handelsattachee der Pariser Botschaft der Vereinigten Staaten sei über die Verhandlungen genau orientiert nud habe Washington bereits einen ausführlichen Bericht übermittelt. Eine Bestätigung dieser Nachricht konnte allerdings bisher weder von deutscher, noch von französischer Seite erlangt werden. Doch wird versichert, daß die Beratungen bereits derartige Fortschritte gemacht hätten, daß mit der Unterzeichnung eines Abkommens durch die Vertreter der J. G. Farbenindustrie und des Zentralkomitees der chemischen Industrie Frankreichs noch vor Ende dieses Monats gerechnet werden könne.

*

London. Wie der City-Korrespondent des „Evening Standard“ ergänzend berichtet, soll das Chemiekartell in seiner endgültigen Form nicht nur England, Deutschland und Frankreich umfassen, sondern auch Italien, Schweden und zahlreiche andere europäische Länder. Das Kartell in dieser angestrebten Form wird die mächtigste und größte Industriekombination in der Geschichte darstellen.

Tschechischer Bodenreformskandal

Provisionen eines regierungsparteilichen Abgeordneten.

Prag. Im Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses wurde heute eine große politische Skandalaffäre aufgerollt. Der tschechische Sozialdemokrat Remmesch erhob gegen den tschechisch-agrarischen Abg. Dubicky unter Anführung genauer Daten und Zahlen den Vorwurf, daß er für die Vermittlung von Restgütern bei der Bodenaufteilung finanzielle Vorteile für sich herausgeschlagen, d. h. Gelder von Beteiligten genommen habe. Die Angelegenheit habe schon zu einem Rechtsstreit geführt, sei jedoch auf Drängen Dubickys vom Vorsitzenden des Gerichts in Jungbunzlau mit der Begründung ausgeglichen worden, daß es einen politischen Skandal gäbe, wenn sich Weiterungen aus der Sache ergäben. Nun ist der Skandal doch offenkundig geworden und man kann begierig sein, wie besonders die Regierung darauf reagieren wird. Abg. Dubicky ist Mitglied der Partei des Ministerpräsidenten Svehla. Er erklärte die Anschuldigen als unzutreffend. — Die Verteilung der bei Durchführung der Bodenreform entstandenen Restgüter hat nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch unter den Sudetendeutschen vielfach größte Entrüstung hervorgerufen, ist doch auch die Bodenreform zur Tschechisierung deutscher Gebiete mißbraucht worden.



Westfälische Jugend für das Auslandsdeutschtum

In Olpe in Westfalen fand kürzlich eine Jugendkundgebung des Vereins für das Deutschtum im Ausland mit einem Festumzug statt. Außer der gesamten Schuljugend des Ortes und der Umgebung nahmen die katholischen Jugendvereine, Turn- und Sportverbände usw. an dem Umzug teil. Die Stadtverwaltung hat anläßlich des Jugendtages beschlossen, einen Straßenzug mit „Eupenerstraße“ zu benennen.



33. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ach, der dumme Klub — den kannst du doch einmal schwänzen,“ sagte sie.

Wolf runzelte leicht die Stirn.

„Der Ausdruck ‚dumm‘ für den Klub ist wohl nicht ganz passend gewählt,“ erwiderte er ruhig, „und im übrigen — weißt du, daß ich die geistige Anregung, die ich dort empfange, nötig habe.“

„Geistige Anregung? Haha!“ Sie lachte höhnisch auf. „Von Hilde Schönau etwa?“

Der Ton, in dem sie das fragte, ließ sein Blut stürmisch aufwallen, aber er verlor seine Selbstbeherrschung nicht.

„Gewiß, auch von ihr,“ gab er gleichmütig zu.

In ihren Adern kochte es:

„Also sie geht dir vor — um ihretwillen schiebst du mich in den Hintergrund, versagst mir eine Freude, läßt mich entbehren — —“

„Rede doch nicht so unglaublich töricht, Adele.“

„Was ich rede, nennst du stets töricht, das bin ich schon gewohnt — was die andere sagt, hältst du hingegen für Weisheitsaussprüche.“

Er zuckte ungeduldig mit den Achseln. Das reizte sie nur noch mehr und, wie alle hysterischen Frauen, schnell ihre Selbstbeherrschung verlierend, brach sie in Tränen aus.

„Ich hatte mich so auf das Theater gefreut.“

„Diese Freude bleibt dir für jeden anderen Abend aufgespart,“ entgegnete er ernst.

„Ich habe aber gerade heute Lust,“ beharrte sie.

„Nein, die hast du nicht.“

Wolf Reinhardt war aufgestanden. In seinem Gesicht arbeitete es stürmisch, und man sah ihm an, welche Gewalt er sich antun mußte, um ruhig zu bleiben. „Ich bin kein Freund von Szenen, das weißt du,“ fuhr er fort „ich vermeide sie, wo ich kann, und gebe auch nach, wo ich kann. Diesmal aber empört mich deine Zumutung, da ich deine unedlen Beweggründe durchschaue: Du willst mich nur vom Schriftstellerklub fern halten, weil du wieder einmal grundlose Eifersuchtsanwandlungen hast, und zwar wegen eines Mädchens, das zu hoch und zu rein ist, als daß deine häßlichen Verdächtigungen es auch nur streifen dürften. Außerdem entwürdigst du dadurch dich und mich und machst uns beide lächerlich. Ich will es jedoch deinen Nerven zugute halten, aber“ — hier nahm seine Miene fast etwas Drohendes an — „solltest du gewagt haben sie etwas von deinem kleinlichen Argwohn haben merken zu lassen — das würde ich dir — niemals verzeihen.“

„Ah!“ Mit einem Schmerzenslaut sank Frau Reinhardt in den nächsten Stuhl. Sie war kreidebleich geworden und zitterte am ganzen Körper — ihre Stimme klang atemlos, stockend:

„Um dieser — dieser Person willen — entblödest du dich nicht, mich zu schelten — zu verunglimpfen, mir zu — drohen — ich — ich hasse sie — ich will nicht, daß du in den Klub gehst — ich will es nicht.“

Mit ihrer Selbstbeherrschung war es gänzlich vorbei. Sie verlor die Besinnung und schlug vor Wut mit beiden Händen auf den Tisch.

Wolf kannte diese Ausartung an ihr und es widerte ihn an, wie stets. Plötzlich aber sah er, wie ihr Gesicht sich krampfhaft verzog, aschfahl wurde und wie ihr Körper wankte. Da sprang er hinzu und fing sie in seinen Armen auf. Als er den zuckenden Körper im Arm hielt und dabei in ihr Gesicht sah, erschrak er. Das war der so sehr gefürchtete Herzkrampf, den zu verhüten der Arzt ihm neulich so dringend anempfohlen hatte.

„Adele — beruhige dich doch — ich — werde nicht in den Klub gehen, ich bleibe hier.“

Er trug sie zum Sofa, besprengte sie mit Wasser, rieb ihr die Hände Schläfen und das Herz, kniete vor dem Sofa nieder, küßte ihre Hand und nannte sie „seinen lieben Schatz“ und schwur ihr, ihr nicht einmal in Gedanken untreu gewesen zu sein. Endlich, nach einer qualvollen Viertelstunde, ließ der Krampf nach, die Zuckungen hörten auf. Aber schwach und matt, mit geschlossenen Augen lag sie da und wünschte mit leiser Stimme, zu Bett gebracht zu werden. Da trug er sie auf seinen Armen ins Schlafzimmer, kleidete sie eigenhändig aus und blieb bei ihr sitzen, bis sie eingeschlafen war.

Am anderen Tage fühlte sich Frau Reinhardt zu schwach, um das Bett verlassen zu können. Der Professor kannte auch das; es folgte stets einer Szene wie gestern. Er ging ruhig auf die Universität und arbeitete dann zu Hause wie gewöhnlich. Als seiner Frau Zustand sich jedoch am nächstfolgenden Tage nicht gebessert, vielmehr verschlimmert hatte, ließ er besorgt den Arzt holen. Dieser konstatierte Herzschwäche, als Folge des vorangegangenen Herzkrampfes, empfahl die größte Ruhe, Schonung und Pflege. Reinhardt fühlte sich beunruhigt und niedergedrückt. Wenn er sich auch nicht mehr mit ungerechtfertigten Selbstvorwürfen quälte, so hatte er doch das Gefühl, ihr recht viel Liebes erweisen zu müssen. Er war rührend in seiner Fürsorge für sie. Kam er von der Universität heim, brachte er ihr jedesmal etwas mit, Blumen oder kleine Schmuckgegenstände, die sie so sehr liebte. Auch saß er stundenlang bei ihr und unterhielt sie.

Frau Reinhardt nahm diese liebevolle Sorge und Rücksicht anscheinend als etwas Selbstverständliches hin. Doch eines Tages als er auf ihrem Bettrand saß, zog sie ihn plötzlich mit beiden Armen zu sich herunter, küßte ihn leidenschaftlich und nannte ihn ihren Liebsten, Geliebtesten. Leise bat sie ihn darauf, ihr nicht mehr zu zürnen, sie sähe ja ihr Unrecht und ihre Torheit ein. Vielleicht hatte ihr nur die Krankheit in den Gliedern gelegen, und er möchte doch an Hilde von Schönau schreiben, daß sie krank sei und sich nach ihr sehne.

Wolf war von diesem reumütigen Geständnis zuerst gerührt und versprach, was sie wollte, auch fühlte er sich beglückt, daß die Mißverständnisse nun gelöst und alles wieder ins rechte Geleise kommen sollte. Bei ruhiger Ueberlegung freilich ebbte diese Stimmung bald wieder ab. Ihm kamen allerhand Bedenken, einmal, ob der Umschwung in seiner Frau andauern würde, ob nicht ein Rückschlag kommen könnte, und zweitens, ob er Hilde veranlassen durfte, zu kommen.

(Fortsetzung folgt.)

Pleß und Umgebung

St. Elisabeth. (Zum 19. November.) Elisabeth von Thüringen wurde 1207 in Preßburg geboren, vermählte sich 1221 mit dem thüringischen Landgrafen Ludwig, wurde 1227 Witwe, war bekannt durch ihre Armenpflege, starb am 12. November 1231 in Marburg und wurde 1235 heilig gesprochen. Der 19. November ist ihrem Andenken geweiht. Bekannt ist das Rosenwunder der heiligen Elisabeth, die sehr mild und freigebig war, so daß ihr guter und edler Gemahl ihrer Wohltätigkeit zuweilen Einhalt gebot.

Kammerkunstabend in Pleß. Montag, den 21. November, findet abends 8 Uhr im Saale von Rud. Bialas ein „Bunter Kammerkunst-Abend statt, der zwei namhafte Vertreter aus dem Reiche der Musik, sowie eine erstrangige Vertreterin der Schauspiel- und Rezitationskunst in unseren Ort führt: Es ist dies die bekannte Geigerin Hilde Elgers, Professorin an der Meisterklasse des staatlichen Konservatoriums zu Weimar, eine der besten deutschen Geigerinnen, die in allen Musikzentren des In- und Auslandes den besten Ruf besitzt. Als Pianist ist der jugendliche Klaviervirtuose Hartmut Wegener gewonnen, welcher zu den besten Pianisten des heutigen pianistischen Nachwuchses gehört. Die dritte Sensation des Abends ist die Berliner Schauspielerin Irmela von Dulong, eine Meisterin des Vortrages und bekannt als die gefeierte Vertreterin großer Bühnengestalten und besonders gefeiert als Gast der Theater in Düsseldorf, Braunschweig, Frankfurt und Berlin. Das Programm des Abends ist überaus interessant und vielseitig. Fräulein Elgers spielt das entzückende Violinkonzert von Mozart, sowie Kompositionen von Gluck, Kreisler und Zarzycki. Hartmut Wegener spielt die Schumannschen Papillons, sowie Werke von Liszt und Bach. Fräulein Dulong wird Dichtungen von Goethe und Werfel vortragen. Alles in Allem also ein überaus interessanter Abend, den sich gewiß wird niemand entgehen lassen. Der Vorverkauf für diese Veranstaltung findet in der Geschäftsstelle des „Anzeiger für den Kreis Pleß“ statt. Die Eintrittskarten kosten für den 1. Platz 2 Zloty, für den 2. Platz 1 Zloty. Sie sind wiederum sehr niedrig gehalten. Hoffentlich wird diesmal der Besuch stärker als bisher sein.

Termine zur Zahlung von Steuern. Der Zahlungstermin für die jetzige Rate der Vermögenssteuer ist mit dem 15. November abgelaufen. Die Säumigen können innerhalb von 14 Tagen vom 15. November ab gerechnet, die Zahlung leisten, also bis zum 29. November. Andernfalls erfolgt zwangsweise Einziehung. Das gleiche gilt von der Einkommensteuer pro 1927.

Heiteres Quartett des Wiener Männergesangvereins. Pleß hat am Dienstag, den 15. November, da wir die berühmten Vier des heiteren Quartetts des Wiener Männergesangvereins unter uns hatten, wieder einmal so recht von Herzen lachen dürfen. Was da geboten wurde, war „heitere Kunst“ im besten Sinne des Wortes. Die Vier sind aber nicht nur gottbegnadete Sänger, die musikalisch vollkommen auf der Höhe sind, sondern auch ausgezeichnete Mimiker, die durch ihr treffliches Mienenspiel den komischen Gehalt ihrer Vortragsstücke restlos zur Darstellung bringen und die begeisterten Zuhörer zu wahren Lachstürmen mitrissen. Leider war der Besuch des Abends wieder recht schlecht, trotzdem Pleß die einzige oberschlesische Kleinstadt war, welche den Vorzug hatte, das Wiener heitere Quartett bei sich zu sehen, und trotzdem die Eintrittspreise so niedrig wie nur noch irgend möglich gehalten waren, um einen regen Besuch des Abends zu ermöglichen. Denn schließlich hat doch jeder von uns ein Recht darauf, wenigstens für eine kurze Zeit die Mühen und Sorgen des Tages zu vergessen und unter Fröhlichen fröhlich zu sein.

Kirchenchor. Die Mitglieder werden noch einmal an die Probe am Donnerstag, den 17. November, abends 8 Uhr, erinnert.

Katholischer Gesellenverein. Sonntag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr, hält der Verein im Saale bei Bialas eine außerordentliche Generalversammlung ab, wozu sämtliche Mitglieder erscheinen mögen (Vergl. Inserat in vorliegender Nummer.)

Landwirtschaftlicher Kreisverein Pleß. Freitag, den 18. November, hält der Landwirtschaftliche Kreisverein Pleß am Nachmittage im Hotel Fuchs eine Sitzung ab. Der eigentlichen Sitzung geht um Punkt 3¼ Uhr die Vorführung einer Alfa-Melkmaschine im Kuhstall der Oekonomie Kempa voran. Die Tagesordnung für die Sitzung umfaßt folgende Punkte: 1. Protokoll über die letzte Sitzung. 2. Vortrag des Professors Piekarski aus Teschen über Kartoffelkrankheiten. 3. Vortrag des Versuchsringleiters Herrn Grunow über „Neues vom Versuchsring“. 4. Verschiedenes.

Gesangverein. An der Probe am letzten Montag nahmen erheblich mehr Herren als beim vorletzten Male teil. Auch traten zwei neue Sänger dem Vereine bei. Die Zusammensetzung des gemischten Chores war schon erheblich besser. Aber es fehlen noch immer mehrere Sänger, auf deren Beteiligung keinesfalls verzichtet werden kann, umsomehr als der Chormeister die löbliche Absicht hat, den Männerchor wieder komplett und flott zu machen. Die nächste Probe findet Montag, den 21. November, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Hotels „Plesser Hof“ statt.

Das Wunder von Konnersreuth. Die Ortsgruppe Pleß des Verbandes deutscher Katholiken in Polen hielt Mittwoch, den 16. November, abends 8 Uhr, im Saale von Rud. Bialas einen sehr gut besuchten Vortragsabend ab. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Dr. Pokorny, eröffnete den Abend mit einer Begrüßungsansprache, in der er die Mitglieder und Gäste sowie vor allem den Redner des Abends, Abgeordneten und Studienrat Krajczyrski aus Kattowitz, herzlich begrüßte. Dann schilderte Studienrat Krajczyrski als Augenzeuge in ausführlicher, aber sachlicher und maßvoller Weise die wunderbaren Vorgänge in Konnersreuth von der stigmatisierten Therese Neumann, ihre Leiden, ihre Erscheinungen, ihre wunderbare Heilung usw. Er sprach auch über die Versuche zur Klärung der merkwürdigen Vorgänge. Die Zuhörer dankten dem Redner lebhaft für seine höchst fesselnden Ausführungen. Eine auswärtige Dame, die angeblich hier zum Besuch weilt und gleichfalls in Konnersreuth war, erzählte kurz von ihren Beobachtungen daselbst. Namens der Versammelten dankte der Vorsitzende dem Redner für seinen gediegenen Vortrag.

Autounfall. Mittwoch abends fuhr ein Lastauto auf der Chaussee in Richtung Kattowitz—Pleß mit Waren für den Kaufmann Fr. Farbowski hierselbst. Zwischen Kobier und Sandau kam dasselbe infolge der Glätte ins Rutschen und stürzte um. Der Chauffeur blieb unverletzt dagegen trug der Begleitmann eine Verletzung am Knöchel davon.

Aenderung von Höchstpreisen. Bei nachstehenden Waren haben die Höchstpreise eine Aenderung erfahren. Rindfleisch 1. Gattung statt 150 jetzt 160 im Laden, statt 140 jetzt 150 Groschen auf dem Markt. Es kosten ferner: Weizengrießmehl 53, glattes Weizenmehl 51, 60 proz. Weizenmehl 46, 70 proz. Roggenmehl 34, Farinzucker 74, Roggenschrotbrot 26, Roggenbrot aus 70 proz. Mehl 31, Roggenbrot aus 65 proz. Mehl 33, Kartoffeln 6, ein Zentner 500, Zwiebeln 25, Milch 45 Groschen 1 Liter, Tafelbutter 350, Landbutter 300, Kochbutter 260, amerikanisches Fett 180, ein Ei 20 bis 24, Kuhkäse 60, 1 Gebund Stroh von 20 Pfund 70, 1 Gebund Heu von 10 Pfund 60, 1 Gebund Kleeheu 80 Groschen.

Erhöhung des Milchpreises. Der Höchstpreis für 1 Liter süße Milch ist von 46 auf 48 Groschen erhöht worden.

Wochenmarkt. Der Dienstag-Wochenmarkt wies ziemlich regen Besuch und hinlängliche Beschickung auf. Butter kostete durchschnittlich 3,50 Zloty, Weißkäse 60, ein Ei 25—30 Groschen. Die Preise für Gemüse und Obst betrugen in Groschen: Petersilie 30, Mohrrüben bezw. Karotten 10—20, Kartoffeln 6, Weißkraut kraut 15, Rotkraut 25, Welschkraut 25, Zwiebeln 25, Blumenkohl 50, Kochäpfel 10—20, Eßäpfel 20—30, Tafelobst 50—80, Preiselbeeren 80—100. Ein Gebund Langstroh von 20 Pfund kostete 70, ein Gebund Heu von 10 Pfund 60, Kleeheu 80, Raigras 70 Groschen, 50 Kilogramm Siede 5 Zloty. In Geflügel war das Angebot ausreichend; für ein Huhn wurden 3—6 Zloty gefordert, für eine Ente 5—8, für eine Gans 8—12 Zloty. Der Ferkelmarkt zeigte starken Auftrieb; die Preise für ein Paar Ferkel bewegten sich zwischen 40 und 70 Zloty und richteten sich nach Alter und Größe der Tiere.

Nikolai. Die Ortsgruppe Nikolai des Verbandes deutscher Katholiken in Polen hält die diesmalige Monatsversammlung nicht Mittwoch, den 16. November, sondern Freitag, den 18. November, abends 8 Uhr, bei Jankowski ab. Für diesen Abend ist ein Lichtbildervortrag vorgesehen. Die Vorstandssitzung findet Donnerstag, den 17. November, abends 8 Uhr, statt.

Gottesdienstordnung:

Katholische Pfarrkirche Pleß.

Sonntag, den 20. November 1927.

6½ Uhr: stille hl. Messe für die Parochianen.
7½ Uhr: Amt mit polnischer Predigt.
9 Uhr: deutsche Predigt und Amt mit Segen.
10 Uhr: polnische Predigt und Amt mit Segen.
2 Uhr: deutsche Vesperandacht.
3 Uhr: polnische Vesperandacht.

In der St. Hedwigskirche.

Sonntag, den 20. November 1927.

9 Uhr: Predigt und Hochamt für die Seminaristen.

Evangelische Kirchengemeinde Pleß.

Sonntag, den 20. November 1927. (Totenfest.)

8¾ Uhr: deutsche Abendmahlsfeier.
10 Uhr: deutscher Festgottesdienst. Kirchenchor: „Der Herr wird die Tränen abwischen“ von Alb. Schroeder.
11¼ Uhr: Kindergottesdienst.
12 Uhr: Choralstunde.
2 Uhr: polnischer Gottesdienst.

In Warschowitz.

Sonntag, den 20. November 1927.

9 Uhr: deutscher Festgottesdienst.
10½ Uhr: polnischer Festgottesdienst.

Schlesischer Sejm

Die Neuwahlen des Wojewodschaftsrats — Eine unerwartete Lösung der „Wahlreform“

Kattowitz, den 17. November 1927.

Eine umfangreiche Tagesordnung der 168. Sitzung des Schlesischen Sejms ließ fast die Erwartung aufkommen, daß der Arbeitseifer unserer Abgeordneten nach der „Bedrohung“ durch den Wojewoden gewachsen ist. Aber mit Ausnahme von zwei Punkten sind die erledigten Fragen von unwesentlicher Bedeutung. Schon im März waren die Neuwahlen des Wojewodschaftsrates fällig und erst jetzt ging man zur Erledigung, die besonders was den Korfanty-Klub betrifft, zu einer Ueberraschung führte. Aber es ist nicht unsere Aufgabe darüber nachzudenken, warum die Korfantygetreuen Wojewodschaftsräte Stark und Szefer fallen gelassen worden sind. Jedenfalls wurden sie durch Kandidaten ersetzt, die dem Wojewoden wohl genehmer sind, während man den früheren Staatsbeamten, Zeit und Muße läßt, auf ihren Posten Besseres und Eifrigeres zu leisten. Bei der P. P. S. war es schon lange bekannt, daß sie den bisherigen Vertreter Bobek durch einen anderen Kandidaten ersetzen wird. Nicht wenig werden wohl selbst die Abgeordneten erstaunt gewesen sein, als 13. Punkt der Tagesordnung die „Wahlreform“ vorzufinden, die dadurch ihre Erledigung findet, daß man das bisherige Wahlgesetz aufrecht erhält, wenn es tatsächlich zu Wahlen kommen sollte. Diese Lösung ist eine Niederlage der Korfantyleute, von denen aus der Antrag auf Aenderung des bisherigen Wahlgesetzes ausgegangen ist. In mehreren Kommissionssitzungen wurde die Frage behandelt, nicht weniger wie sechs verschiedene Projekte eingebracht, um zuletzt beim alten Gesetz zu bleiben. Allmählich haben auch die Korfantyleute erkannt, daß die Bevölkerung nicht auf ihren Leim eingehen wird und haben es vorgezogen, das alte Wahlgesetz von 1922 zu behalten. Die übrigen Punkte der Tagesordnung boten weniger Angriffsflächen und ließen die Redelust nicht aufkommen, bis auf eine Ueberraschung, daß nicht weniger wie drei Anträge auf Auslieferung von Abgeordneten vorlagen, die vernünftigerweise von der Geschäftsordnungskommission mit Ablehnung propagiert, und vom Plenum auch abgewiesen wurden.

*

Gegen 4½ Uhr eröffnete der Sejmmarschall mit den üblichen Formalitäten die Sitzung und stellte fest, daß zu Punkt 1 vier Listen eingereicht worden sind. Anwesend waren 47 Abgeordnete, es fehlte nur der Abg. Boris und bei der Wahl wurden auch 47 Stimmen abgegeben. Auf die Liste 1 Deutscher Klub entfielen 12 Stimmen, gewählt wurde der bisherige Bürgermeister Michatz 7 Tarnowitz, der von Anfang an seine Fraktion im Wojewodschaftsrat vertritt. Die Liste 2, Korfanty-Klub erhielt 17 Stimmen, gewählt wurden Abg. Janitzki und Rechtsanwalt Kobylinski, die früheren Vertreter Stark und Szefer sind nicht mehr nominiert werden, die Liste 3, N. P. R. erhielt 8 Stimmen und gewählt wurde der bisherige Wojewodschaftsrat, Bürgermeister Dubiel, die Liste 4 erhielt 10 Stimmen, gewählt wurde Abg. Biniszkiewicz.

Bei der Wahl des Sekretärs ging mit 31 Stimmen der Abg. Sobota, Korfanty-Klub hervor, gegen den bisherigen Sekretär Foikis, der 13 Stimmen erhielt.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung begründet Abg. Brzuska eine Abänderung des Artikels 1 des Gesetzes betreffend die Regelung des Dienstverhältnisses der Handarbeitslehrerinnen in öffentlichen Volks- und Mittelschulen, bezüglich der Entschädigung. Das Plenum schließt sich dem Antrag der Budgetkommission an und nimmt die Abänderung in zweiter und dritter Lesung an.

Ein Antrag des Korfanty-Klubs fordert die Gewährung der Wohnungsentschädigung für Staatsbeamten, wie sie durch ein Gesetz für Warschau geregelt ist. Die Budgetkommission hat einen entsprechenden Entwurf vorbereitet, der zu Artikel 3 des Gesetzes zur Besoldung der Wojewodschafts- und Kommunalbeamten folgenden Passus beschließt:

„Der den vom Schlesischen Schatz besoldeten Beamten auf Grund des polnischen Gesetzes vom 9. Oktober 1927 — Dz. U. R. P. Nr. 116, Pos. 924 gezahlte Wohnungszuschuß darf nicht kleiner sein als der Wohnungszuschuß, der den Staatsbeamten in der Hauptstadt Warschau auf Grund desselben Gesetzes gezahlt wird“.

Der Antrag wird in zweiter und dritter Lesung angenommen, nachdem die P. P. S. eine Rückwirkung vom 1. April beantragt, die Abänderung aber nur eine solche vom 1. Oktober 1927 zugesteht.

Eine etwas umfangreichere Debatte ergibt sich bei Behandlung der Regelung der Bezüge der Gemeinden aus den Steuererträgen. Während die Budgetkommission durch den Abg. Janitzki die sofortige Annahme des Gesetzes beantragt, fordert der Abg. Foikis Berücksichtigung der Wünsche der Gemeinden und Rückverweisung an die Budgetkommission. Auch der Abg. Machej plädiert für Rückverweisung an die Kommission, während das Plenum den Antrag der Budgetkommission in zweiter Lesung annimmt. Die dritte Lesung wird durch Einspruch des Abg. Foikis mit Unterstützung der P. P. S. verhindert.

Der Antrag der Regierung auf Einführung der Verordnung des Präsidenten der Republik vom 1. Juni 1927 betreffend die Uebertragung der bisherigen Kompetenzen des Ministers für Handel und Industrie in Sachen der Bergknappschaften auf den Minister für Arbeit und soziale Fürsorge und der Kompetenzen der Bergämter in denselben Angelegenheiten auf die Wojewodschaftsämter für das Gebiet der Wojewodschaft Schlesien, wird der Rechts-, Sozial- und Budgetkommission überwiesen.

Der Wojewodschaftsrat beantragt die Aenderung des Namens der Gemeinde „Rydultowy Dolne“ auf Rydultowy. Die Vorlage wird der Rechtskommission überwiesen.

Der Dringlichkeitsantrag des P. P. S.-Klubs auf Zustimmungserklärung des Schlesischen Sejms zur Einführung der Verordnung des Staatspräsidenten betreffend die Inspektionen der Arbeit auf die Wojewodschaft Schlesien wird der Sozial- und Rechtskommission überwiesen.

Die Christliche Demokratie beantragt an den Wojewoden das Ersuchen zu stellen, um Einrichtung eines Amtes, welches die bisherigen Kompetenzen der „Provinzialhilfskasse“ zu Breslau übernehmen soll. Die Behörden entscheiden in den verschiedensten Fällen widersprechend und darum ist eine einheitliche Regelung notwendig. Das Plenum beschließt den Antrag dem Wojewoden zu überweisen.

Namens der Geschäftsordnungskommission beantragt die Abg. Szymkowiakowna die Gültigkeit der Mandate der Abg. Kunsdorf und Sliwa, die für die verstorbenen Mitglieder Szczeponik und Omainkowska eintreten, zu bestätigen, dem sich das Plenum einstimmig anschließt.

Der Staatsanwalt hat die Abgeordneten Gwozdz, Dr. Rakowski und Biniszkiewicz wegen verschiedener Delikte zur Verantwortung gezogen und beantragt deren Auslieferung zur gerichtlichen Verfolgung. Die Geschäftsordnungskommission ersucht durch Antrag der Abgeordneten Szymkowiakowna dieses Ansinnen der Staatsanwaltschaft abzulehnen, dem auch das Plenum zustimmt. Bei dieser Gelegenheit verweist der Abg. Biniszkiewicz auf die Unmöglichkeit des bisherigen Zustandes bei den Gerichten, die die Kontrahenten oft Jahre lang auf eine Entscheidung warten lassen, so daß es oft die Kläger vorziehen, die Klagen zurückzuziehen, wie es unter anderem in einem Falle der Sejmmarschall Wolny nach dreijähriger „Verhandlung“ vorzog. Die Beleidigung gegen die mangelhafte Durchführung sei nicht beabsichtigt, sondern auf die Schädigung verwiesen. Hierbei muß sich der Abg. Biniszkiewicz einen Ordnungsruf einstecken, weil nach Meinung des Sejmmarschalls die Gerichtsfragen vors Justizministerium und nicht vor den Schlesischen Sejm gehören.

Der Antrag betreffend die Einführung der vollen Sonntagsruhe für alle Gewerbe in der Wojewodschaft Schlesien wird der Sozialkommission zur weiteren Behandlung übertragen.

Die Rechtskommission bringt einen Antrag betreffend der Wahlreform ein, der dahin geht, daß im Falle von Neuwahlen das alte Wahlgesetz von 1922 verpflichten soll, falls Neuwahlen ausgeschrieben werden und der Schlesische Sejm inzwischen nicht ein anderes Wahlgesetz geschaffen hat. Diesem Antrag wird zugestimmt und dadurch die Niederlage des Korfantyblocks in der Rechtskommission besiegelt.

Der Abg. Foikis bringt einen Dringlichkeitsantrag ein, der die Gewährung eines 13. Gehalts für die Wojewodschafts- und Kommunalbeamten zur Zahlung am 5. und 20. Dezember fordert. Das Plenum nimmt einstimmig diesen Antrag an und überweist ihn der Budgetkommission.

Betreffend der Regelung der Bezüge bezw. Errichtung von Kommunalsparkassen bringt der Abg. Machej einen Dringlichkeitsantrag ein, der indessen mit Rücksicht darauf, daß eine ähnliche Vorlage bereits in der Budgetkommission bearbeitet wird, Ablehnung findet, wobei sich eine Debatte über die Form des Gesetzes ergibt und schließlich ein Verschulden der Wojewodschaftsbehörden festgestellt wird.

Damit war die umfangreiche Tagesordnung erledigt und der Sejmmarschall schloß die Sitzung gegen 6 Uhr mit dem Bemerken, daß die nächste Sitzung besonders schriftlich einberufen wird.

Aus der Wojewodschaft Schlesien

Die Auslandsanleihe für die Wojewodschaft Schlesien

Die Wojewodschaft Schlesien hat bekanntlich die Absicht, eine 100-Millionen-Anleihe im Auslande aufzunehmen. Wie polnische Blätter melden, hat ein amerikanisches Bankhaus eine diesbezügliche Offerte bereits vorgelegt, die derzeit geprüft wird. Die Verhandlungen dürften im Laufe des Winters beendet sein. Der größere Teil der Anleihegelder soll für den Bau von Wohnhäusern und Fachschulen verwendet werden, während ein anderer Teil dem Bau von Straßen und Chausseen dienen soll. Zur

leichteren Abwicklung des letztens stark angestiegenen Automobilverkehrs sollen neue Straßen nach den neuesten technischen Errungenschaften gebaut werden. Ueberdies sind zwei neue Eisenbahnlinien projektiert, und zwar von Teschen, das an der tschechischen Grenze liegt über Zebrzydowice nach Jastrzembie Gorne und die Strecke Rybnik—Zory.

Für Optanten und Reichsdeutsche

Das deutsche Generalkonsulat teilt mit:

Optanten und andere wohnberechtigte Reichsdeutsche die seitens der Schulbehörden zur Zahlung des Ausländerschulgeldes herangezogen werden sollen, werden aufgefordert, zur Entgegennahme einer Rechtsbelehrung innerhalb der Dienststunden (9 bis 1 Uhr) auf dem Generalkonsulat vorzusprechen.

Aus dem Wojewodschaftsrat

In der gestrigen Sitzung des Wojewodschaftsrates wurde ein Beschluß des Rybniker Magistrats, von der Schlesischen Wirtschaftsbank 1 Million Zloty zu Investitionszwecken leihweise aufzunehmen, bestätigt. Weiter beschäftigte sich der Wojewodschaftsrat mit einer Reihe von Personalfragen.

Keine Kohlenpreiserhöhung

Aus Kreisen, die der Regierung nahestehen, verlautet, daß die ministerielle Kommission, welche letztens zum zweitenmal die Produktionskosten in den polnischen Kohlenbergrevieren einer eingehenden Prüfung unterzogen hatte, ihr Gutachten dahin abgegeben hat, daß kein Grund für eine Hinaufsetzung der Kohlenpreise vorliege. Eine Kohlenpreiserhöhung wird also nicht stattfinden, und die den Bergarbeitern bewilligte Lohnerhöhung soll in anderer Weise hereingebracht werden.

Kohle für die Arbeitslosen

Die Wojewodschaft stellt den Kommunen Kohle für die Arbeitslosen und Ortsarmen zur Verfügung. Die Verteilung soll alsbald beginnen.

Endgültige Regelung der alten Zlotyverbindlichkeiten

Durch die neue Verordnung des Staatspräsidenten vom 5. November (Staatsgesetzblatt Nr. 97) ist die anläßlich der Stabilisierung des Zloty vom 13. Oktober 1927 entstandene Frage der Regelung der alten Zlotyverbindlichkeiten endgültig geregelt worden. Danach sind sämtliche in Zloty ausgedrückte oder auf Zloty aufgewertete Verbindlichkeiten in der neuen Zlotywährung ohne jegliche Aufwertung zahlbar. Verpflichtungen dagegen, die vor dem 13. Oktober 1927 eingegangen wurden und ausdrücklich auf Goldzloty lauten, sind im Verhältnis von 1 alter Goldzloty gleich 1,72 neuer Goldzloty umzurechnen. Auch in Zukunft kann eine Verpflichtung in Goldzloty eingegangen und außerdem Bezahlung in effektiven polnischen Goldmünzen vereinbart werden. Nur die Anpassung der Zolltarifsätze an die neue Zlotywährung wird durch eine spätere Verordnung erfolgen während die in den verschiedenen anderen Verordnungen und Gesetzen genannten Zlotybeträge unverändert bleiben.

5- und 2-Zlotyscheine außer Verkehr

Auf Grund des Stabilisierungsplanes wird in nächster Zeit mit der Heranziehung einer Hälfte, der in Umlauf befindlichen von der Staatskasse ausgegebenen 5-Zlotyscheine und deren Ersetzung durch Banknoten der Bank Polski begonnen werden. Die zweite Hälfte wird durch silberne 5-Zlotystücke ersetzt werden, mit deren Ausprägung zu Neujahr begonnen wird. Die 2-Zlotyscheine werden bereits jetzt aus dem Verkehr gezogen.

Anwachsen der Arbeitslosenziffer

Das Wojewodschaftsamt teilt mit, daß sich die Zahl der Arbeitslosen in der Schlesischen Wojewodschaft in der Zeit vom 2. bis 9. November um 266 Personen erhöht hat und gegenwärtig 37 015 beträgt. Unterstützungsberechtigt waren 21 871 Arbeitslose.

Die Rawaregulierungsarbeiten

Die Regulierungsarbeiten der Rawa schreiten weiter vorwärts. Z. Zt. sind diese Arbeiten auf einer Strecke von nahezu 3½ Kilometer, und zwar ab Mündung Brinnitza bis Rosdzin beendet worden. In allernächster Zeit soll auch der Abschnitt IV von der Reckehütte in Rosdzin bis nach Zawodzie fertiggestellt werden, damit die Umleitung des Wassers in das neue Flußbett vorgenommen werden kann. In Schwientochlowitz ziehen sich die Regulierungsarbeiten etwas länger hin als vorgesehen war, und zwar deswegen, weil größere Arbeiten zwecks Tieferlegung der Brückenfundamente vorgenommen werden müssen. Bei einigermaßen guter Witterung soll nach Beendigung der Arbeiten auf Strecke X in Schwientochlowitz die Regulierung der Rawa auf dem Gelände der Reckehütte in Rosdzin erfolgen. Die Arbeiten auf diesem Abschnitt sind bisher zurückgestellt worden.

Kattowitz und Umgebung.

Jugendliche Diebesbande vor Gericht.

Gegen eine Diebesbande, welche sich vorwiegend aus noch jugendlichen Personen zusammensetzte, die in der Umgegend von Siemianowitz 16 Diebstähle ausgeführt hatten, wurde vor dem Kreisgericht Kattowitz am gestrigen Mittwoch verhandelt. Der Kriminalpolizei gelang es, die Spitzbuben festzunehmen, nachdem der Altwarenhändler A. auf die richtige Spur der Täter hingewiesen hatte. Eine unvermittelt eingeleitete Hausrevision förderte einen großen Teil des Diebesguts zu Tage. Manches konnte den Bestohlenen inzwischen wieder zugestellt werden.

Zu verantworten hatten sich die jugendlichen Arbeiter Theofil Korek, Wilhelm Komender und Alfred Halemba aus Siemianowitz. Wie aus der Verhandlung zu entnehmen war, hatten die Angeklagten Kabelleitungen zum Schaden der Hüttenverwaltung Laurahütte, ferner Bleiröhren vorwiegend in Klosettanlagen, Alteisen, Straßengullys u. a. m. zusammengestohlen. Die Burschen entpuppten sich auch als Denkmalschänder, da sie in einem Falle eine Zierkette, welche um ein Denkmal gezogen war, entwendeten. Oft wurde auch die Sicherheit der Passanten durch Ausheben der Straßengullys gefährdet. Das Gericht verurteilte die Angeklagten Theofil K. und Wilhelm K. in den nachgewiesenen Fällen zu je 1 Jahre Gefängnis, berücksichtigte jedoch das jugendliche Alter der Beklagten und den Umstand, daß es sich mehr um Dummenjungenstreiche handelte und gewährte eine Bewährungsfrist von 5 Jahren. Der dritte Angeklagte H. erhielt 14 Tage Gefängnis.

Ein fingierter Ueberfall.

Vorige Woche berichteten wir über einen Ueberfall, welchem der Fleischermeister Magner aus Paulsdorf, in der Nähe des Arthurschachtes bei Kochlowitz zum Opfer gefallen ist. Magner soll damals von Banditen niedergeschlagen, um 1 700 Zloty beraubt und dann an Händen und Füßen gebunden, in einen Steinbruch geworfen worden sein. Der gestrige Polizeibericht meldet nun, daß die Ermittelungen in dieser Angelegenheit ergeben hätten, daß Magner den Ueberfall fingiert habe. was er, in die Enge getrieben, bereits zugab. Fingierte Ueberfälle hatten wir in der letzten Zeit mehrfach zu verzeichnen gehabt, aber wohl keinen einzigen in der Form, wie es der Herr Magner aus Paulsdorf tat. Aus was für einer Ursache er zu dieser, die Oeffentlichkeit irreführenden Komödie veranlaßt wurde, steht noch nicht fest, da aber hier die 1700 Zloty nicht die unwesentlichste Rolle spielen, kann man annehmen, daß Magner diese Komödie inszenierte, um irgendwelchen Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern vorläufig aus dem Wege zu gehen, oder auch ist Magner nicht ganz richtig im Oberstübchen. Da jedoch dieser fingierte Ueberfall sowieso ein gerichtliches Nachspiel haben wird, wird man ja auch erfahren, was mit dieser eigenartigen Geschichte eigentlich los ist.

35 000 Zloty unterschlagen. Der Bürodiener Adam Stefan Ruda von der Friedenshütte erhielt am 15. November den Auftrag, 35 000 Zloty von der Bank Polski in Kattowitz zu holen. Den Auftrag führte er auch aus, jedoch ließ er sich bis heute bei der Verwaltung der Friedenshütte nicht blicken, so daß als bestimmt angenommen werden kann, daß er die Summe unterschlagen hat. Aller Wahrscheinlichkeit hat Ruda in Begleitung eines Frl. Anna Galowa sein weiteres Heil in Deutschland, der Zuflucht beinahe aller hiesigen Defraudanten, gesucht. Die Polizei fahndet bereits eifrig nach dem Defraudanten und da sie im Erwischen dieser, ein ziemliches Glück hat, so dürfte Ruda sich seiner Beute nicht allzulange erfreuen.

Zur Wasserbelieferung der Arbeiterkolonie. Wie bekannt projektiert der Magistrat in Kattowitz im Einvernehmen mit der Wojewodschaft den Ausbau der Wasser-Rohrleitung nach der neuen Arbeiterkolonie in Zalenze. Nach einiger Verzögerung ist nunmehr mit den Schachtarbeiten am Montag begonnen werden. Durch Anschluß der Kolonie an das Hauptwasserleitungs-Rohrnetz soll eine ergiebige Wasserbelieferung erfolgen und von vornherein einer Wasserkalamität vorgebeugt werden. Der Anschluß wird von der ulica Wojciechowskiego im Ortsteil Zalenze an die dortige Rohrleitung vorgenommen und die Arbeiten in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden, so daß mit der Fertigstellung in einigen Wochen zu rechnen ist. Die Gesamtkosten sollen sich auf rund 20 000 Zloty beziffern.

Erhöhung des Milch- und Butterpreises. Laut Beschluß der Preisfestsetzungskomission in Kattowitz ist der neue Höchstpreis pro Liter süße Milch von 46 auf 48 und Tafelbutter auf dem Markte pro Pfund von 350 auf 360 Groschen erhöht worden. Eine Ueberschreitung der neuen Höchstpreise wird bestraft.

Königshütte und Umgebung.

Tod durch Gasvergiftung. Am Dienstag früh wurde das Dienstmädchen Franziska Ordon, auf der ul. Gymnazjalna 21 in ihrer Kammer tot aufgefunden. Als Todesursache ist Gasvergiftung festgestellt worden. Die Leiche wurde nach dem städtischen Krankenhause geschafft.

Börsenkurse vom 17. 11. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8 92 zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	47.— Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.— zł
	1 Dollar	=	8.92 zł
	100 zł	=	47.— Rmk.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Freitag, den 18. November 1927: 16.30—17.30: Im Volkston. — 17.30: Stunde und Wochenschau des Schlesischen Hausfrauenbundes Breslau. — 18.15—18.45: Abt. Medizin. — 19—19.30: Stunde der Deutschen Reichspost. — 19.30—19.50: Dr. Peter Epstein: „Frau Schrekers symphonisches Schaffen". — 20: Uebertragung auf den Deutschlandsender Wellen 1250: Großer Konzerthaussaal: Symphoniekonzert. — Anschließend an die Abendberichte: Zehn Minuten Esperanto.

Sonnabend, den 19. November 1927: 15.45—16.05: Uebertragung aus Gleiwitz: Stunde mit Büchern. — 16.05—16.30: Stunde mit Büchern. — 16.30—17.50: Unterhaltungskonzert. — 17.50—18.10: Abt. Wirtschaftsgeschichte. — 18.10—18.30: Walter Schimmel-Falkenau: „Die Filme der Woche". — 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19—19.30: Abt. Schulwesen. — 19.30—20: Hans Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 20.10: Der Tanz durchs Leben.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.

